

**Universitätsstadt Tübingen**  
Projektleitung ZOB Europaplatz  
Korth, Katrin Telefon: 07071 204-2767  
Gesch. Z.: /

Vorlage 362/2017  
Datum 26.09.2017

## **Berichtsvorlage**

zur Behandlung im **Ausschuss für Planung, Verkehr und Stadtentwicklung**  
zur Kenntnis im **Ortsbeirat Stadtmitte**

---

**Betreff:** **ZOB Europaplatz: weiteres Verfahren**

**Bezug:** 168/2017; 336/2017

**Anlagen:** 0

---

## **Zusammenfassung**

Mit dem Planungsbeschluss vom 01.07.2017 hat der Gemeinderat den Planungsprozess für die Realisierung des ZOB Europaplatzes beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, zusammen mit den Stadtwerken die Planung der Tiefgarage vorzubereiten, das Konzept der Radabstellanlagen zu konkretisieren und Konzept für einen Bushalt auf der Südseite des Hauptbahnhofs vorzulegen. Weiterhin wurde die Verwaltung beauftragt, ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach Vergabeverordnung (VgV) unter Erarbeitung von Planskizzen durchzuführen.

Mit dieser Vorlage wird über den aktuellen Projektstand berichtet und der Ablauf des weiteren Planungs- und Vergabeverfahrens vorgestellt.

### **Ziel:**

Information des Gemeinderates sowie inhaltliche und zeitliche Präzisierung der nächsten Verfahrensschritte im Realisierungsverfahren.

## Bericht:

### 1. aktueller Projektstand

Aktuell werden Vorschläge für die Radinfrastruktur und die Radabstellanlagen im Planungsgebiet erarbeitet. Die Diskussionen mit den Planern vom Büro PGV Alrutz und die Erkenntnisse aus der Gemeinderatsexkursion zeigen, dass das anvisierte dezentrale Konzept für die Fahrradabstellanlagen für die spezifische Situation Tübingens gut passt. Zudem bietet es Flexibilität hinsichtlich möglicher Anpassungen und Erweiterungen.

Daneben werden derzeit Varianten für einen Bushalt auf der Südseite des Hauptbahnhofs erarbeitet. In den nächsten Wochen werden weitere Gespräche mit der Deutschen Bahn geführt. Weiterhin sind die Planungen für den Europaplatz Ost in der Vorbereitung.

Gemeinsam mit den Stadtwerken werden derzeit die Entwürfe für die Tiefgarage entwickelt. Hierbei liegt das Augenmerk besonders auf den funktionalen Bausteinen wie Zu- und Ausfahrt, Be- und Entlüftung und den Tiefgaragenaufgängen. Die gestalterische Ausformung der sichtbaren Teile wird in einem späteren Schritt durch die Freianlagenplaner erarbeitet. Teil der aktuellen Untersuchungen ist auch die konkrete Abschätzung der Stellplatzzahl, um den tatsächlichen Bedarf an Kurzzeitstellplätzen eingrenzen und die betrieblichen Bedingungen für eine gute wirtschaftliche Auslastung abwägen zu können.

Zusammen mit den Stadtwerken wurde in den letzten Wochen intensiv die Haltestellenbelegung des ZOB geprüft und hinsichtlich der Taktzeiten verfeinert. Die Überlegungen basieren auf den Grundannahmen, dass alle Linien den ZOB anfahren und eine Richtungsbindung der Linien für jeden Bussteig vorgenommen wird. Bei der Dimensionierung wurde die Spitzenstunde angesetzt mit einer Steigbelegung für jeden Bus von 5 Minuten, so dass Taktverdichtungen möglich sind. Erweiterungen des Netzes wurden dabei, soweit sie heute absehbar sind berücksichtigt. Je Bussteig fahren alle Busse gleicher Richtung ab. Durch die Anordnung von 2 Ankunftssteigen können zeitliche Überschneidungen beispielsweise durch Verspätungen wirkungsvoll entzerrt werden. Die Ankunftssteige bieten zudem den Platz für Verstärkerfahrten, insbesondere auf den starken Linien. Unter Zugrundelegung dieser Prinzipien gelang es, die starken Regionalbuslinien nach Kusterdingen und Richtung Flughafen mit im ZOB zu integrieren. Die weiteren Regionalbuslinien werden weiterhin westlich des Hauptbahnhofs abfahren. Mit dieser Aufteilung wird es auch möglich, im westlichen Teil mindestens zwei Bussteige für andere Busse, z.B. touristische Reisebusse, freizuhalten. Mit den Planungen für den Bushalt auf der Südseite wird so ein Gesamtsystem geschaffen, welches flexibel genug ist, auf heute noch nicht absehbare Entwicklungen im ÖPNV zu reagieren.

Parallel zu den planerischen Themen wurden erste Gespräche mit dem Regierungspräsidium hinsichtlich möglicher GVFG-Förderungen geführt, sowohl was die Planungen für den letzten Abschnitt des Zinserdreiecks als auch die ÖPNV- sowie Rad- und Fußverkehrsförderung für den Europaplatz angeht. Diese verliefen positiv. Mit dem RP wurde eine zügige Beantragung für die Programmaufnahme noch in diesem Jahr vereinbart. Aktuell werden die Anträge auf Programmaufnahme vorbereitet. Dazu wird mit der Vorlage 336/2017 durch die Verwaltung vorgeschlagen, das Sanierungsgebiet Südliches Stadtzentrum um die Flächen des Europaplatzes und den östlichen Anlagenpark zu erweitern, um sich notwendige Spielräume für eine eventuelle Städtebauförderung zu sichern.

Wertvolle Erkenntnisse brachte die Gemeinderatsexkursion am 15.09.2017 zu verschiedenen Zentralen Omnibusbahnhöfen und Fahrradabstellanlagen. Folgende wesentliche Erkenntnisse lassen sich bereits jetzt ableiten:

- Eine großflächige Überdachung ist sowohl städtebaulich und gestalterisch, vor allem aber auch funktional kritisch zu sehen. Gleichwohl ist eine witterungsgeschützte Fußwegeführung zwischen Hauptbahnhof und den Bussteigen des ZOB wichtig. Hierzu sollen durch die Freianlagenplaner Lösungen entwickelt werden.
- Das Konzept der dezentralen Radabstellanlagen ist aufgrund der spezifischen Radverkehrssituation für Tübingen gut geeignet. Dabei bieten sich verschiedene Betriebsmodelle an, die miteinander kombiniert werden können.
- Die Richtungsbündelung bei den Bussteigen schafft einen tragfähigen Kompromiss zwischen Platzbedarf und Auffindbarkeit der Linien. Die Richtungsbündelung verkürzt dabei sogar die notwendigen Wege für die Nutzer des ZOB, da alle Busse der gleichen Richtung am selben Bussteig abfahren.
- Besonderes Augenmerk bei der konkreten Planung des ZOB sind auf die Themen Platzbedarf für Fußgänger, Barrierefreiheit und sichere Querungsmöglichkeiten der Bustrasse zu legen. Diese Themen erwiesen sich in der konkreten Nutzung der diskutierten Projekte als größte Herausforderung. Daneben muss die Sicherstellung der Sauberkeit von Einbauten und Belägen frühzeitig berücksichtigt werden, da sie sowohl für die Nutzbarkeit aber auch für die öffentliche Wahrnehmung von besonderer Bedeutung sind.

## 2. Verfahren zur Planersuche

Am 25.09. wurde das VgV-Verfahren zur Planersuche veröffentlicht. Ziel des europaweit ausgeschriebenen Vergabeverfahrens ist es, ein geeignetes Planungsbüro bzw. ein Planungsteam von Büros der Fachrichtung Landschaftsarchitektur/Architektur und Städtebau unter Beteiligung von Verkehrsplanern zu finden, die dieses komplexe Projekt mit hoher gestalterischer Qualität und in kooperativem Miteinander aller Akteure entwerfen und zusammen mit einem Ingenieurbüro für Tiefbau entsprechend aller funktionalen Anforderungen realisieren. Das Plangebiet umfasst den ZOB Europaplatz mit ZOB, Bahnhofsvorplatz, Bahnhofsallee, Platz der Stadt Monthey, die Straßenabschnitte um das zukünftige Baufeld sowie den Anlagenpark.

Die Vergabeverfahren für die Landschaftsarchitekten/Architekten/Stadtplaner und Tiefbauingenieure werden parallel, jedoch formal getrennt durchgeführt. In beiden Verfahren wird zunächst die grundsätzliche Eignung der Büros aufgrund ihrer Erfahrungen, Kompetenzen, wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Referenzen geprüft. Bei den Landschaftsarchitekten/Stadtplanern schließt sich ein zweiter Verfahrensschritt an, bei dem fünf Büros mit der Erarbeitung von Planskizzen beauftragt werden. Dabei werden Aussagen zur planerischen Grundhaltung für den ZOB Europaplatz und den Anlagenpark erwartet und auch zur Haltung der Büros gegenüber partizipativen Planungsprozessen.

Die parallel durchgeführten Verfahren sichern, dass das in seinem Fachgebiet jeweils geeignetste Büro ausgewählt werden kann.

Der Verfahrensablauf ist wie folgt geplant:

- Veröffentlichung 25.09.2017
- Ablauf Bewerbungsfrist 26.10.2017
- Auswertung der Bewerbungen und Festlegung der Bieter für die zweite Stufe 14.11.2017
- Abgabe des Gestaltungsgutachtens 30.01.2018
- fachliche Vorprüfung bis 15.02.2018
- Auftragsgespräche mit Vorlage der Gestaltungsgutachten 19.02.2018
- Auftragsvergabe 01.03.2018

Die Jury für die Bewertung der Gestaltungsgutachten und Auftragsgespräche wird sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, zwei Mitgliedern des Gemeinderates und dem Gestaltungsbeirat zusammensetzen.

Mit der Konkretisierung der Planung kann somit planmäßig im März 2018 begonnen werden. Zu diesem Zeitpunkt sind die wesentlichen Voruntersuchungen für Radverkehr und Tiefgarage abgeschlossen.

### 3. Projektsteuerung und Beteiligungsverfahren

Die Steuerung und Abstimmung des Gesamtprojektes wird über eine fachübergreifende Projektgruppe unter enger Beteiligung der Stadtwerke gesichert. Dazu gibt es eine Lenkungsgruppe mit den Bürgermeistern und den Leitungen der Fachbereiche Planen, Entwickeln, Liegenschaften sowie Tiefbau und öffentliche Ordnung/Verkehr unter Einbindung der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit.

Die für die Realisierung zugrunde liegende Planvariante wurde in Runden Tischen in einem intensiven Dialog mit wichtigen Akteuren der Stadtgesellschaft und der Bürgerschaft entwickelt. Auch die Rahmenkonzeption für den Park am Anlagensee wurde mit Beteiligung der Bürgerschaft entwickelt. Die Diskussionen und Gespräche der letzten Wochen zeigten, dass es ein großes öffentliches Interesse an den weiteren Planungsschritten gibt. Die Umgestaltung des ZOB Europaplatzes ist das größte und umfassendste Projekt der Universitätsstadt Tübingen im öffentlichen Raum. Aufgrund der Größe und Bedeutung des Projektes sieht es die Verwaltung als wesentlich an, die Interessen der unterschiedlichen Interessensgruppen der Stadtgesellschaft, und genauso der Bürgerinnen und Bürger, im weiteren Realisierungsprozess so intensiv einzubeziehen wie bei der bisherigen Planung über Runde Tische.

Die Verwaltung schlägt eine Planungsbegleitgruppe für den Realisierungsprozess des ZOB Europaplatzes vor. Diese Planungsbegleitgruppe soll sich zum einen aus den bisher beteiligten Akteuren der Runden Tische und zusätzlich aus interessierten Bürgerinnen und Bürgern zusammensetzen. Die Planungsbegleitgruppe soll die Aufgabe haben, den Planungs- und Realisierungsprozess kritisch zu begleiten und zusammen mit den Planungsbüros und der Verwaltung Planungsvarianten und -details abwägen. Notwendig für eine solche Planungsbegleitgruppe sind eine hohe Verbindlichkeit bei der Teilnahme bei den Bürgerinnen und Bürger wie auch eine hohe Aufgeschlossenheit der Planenden. Um zielfüh-

rend arbeiten zu können, wird - je nach Planungsfortschritt – ein bis zu zweimonatlicher Turnus der Treffen notwendig. Über direkte Ansprache und zusätzliche Information über die Tagespresse und die Internetseite der Stadt wird angestrebt, für die Arbeit der Planungsbegleitgruppe ca. 20 Tübingerinnen und Tübinger zu finden.

Die Verwaltung sieht es als notwendig an, den Gemeinderat über die Informationen und Vorlagen im Planungsausschuss hinaus intensiv in den Planungsprozess einzubinden, was über eine Begleitgruppe mit jeweils einer Vertreterin/einem Vertreter aus den Fraktionen sichergestellt werden könnte. Im Sinne einer größtmöglichen Transparenz des Planungsprozesses wird vorgeschlagen, die Planungsbegleitgruppe mit der Planungsbegleitung durch den Gemeinderat zu verbinden. Vorteile liegen in der unmittelbaren Rückkopplung planerischer Ideen und Varianten an die Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderates. Hierzu wird auch auf die guten Erfahrungen aus der Gemeinderatsexkursion am 15.09.2017 verwiesen. Die Herausforderung dieser Variante liegt im zeitlichen Aufwand für die 6 Vertreterinnen und Vertreter aus dem Gemeinderat. Der inhaltlichen Diskussion im Planungsausschuss wird durch das vorgeschlagene Verfahren nicht vorgegriffen.

Beim Anlagenpark wurde 2007 und 2008 innerhalb der Rahmenkonzeption eine Beteiligung durchgeführt. Im Zuge der Weiterentwicklung wird auch hier ein weiteres Partizipationsverfahren notwendig. In den letzten Monaten gab es zudem verschiedene Gespräche, die zusätzlich zu einem grundlegenden Partizipationsverfahren für den Anlagenpark den Bedarf einer speziellen Beteiligung von jungen Menschen aufzeigten. Gerade sie nutzen den Anlagenpark besonders intensiv. Gemeinsam mit der Stabsstelle bürgerschaftliches Engagement und dem Fachbereich Bildung, Betreuung, Jugend und Sport soll dazu ein Konzept entwickelt werden.

#### 4. Lösungsvarianten

Alternativ zur vorgeschlagenen Verbindung beider Begleitgruppen könnte die Begleitgruppe des Gemeinderates auch parallel tagen, dann mit eher strukturellen Themensetzungen und einem voraussichtlich vierteljährlichem Turnus beginnend Anfang 2018. Aufgabe wäre es vor allem, die grundlegenden Wegmarken und Vorgehensweisen des weiteren Planungs- und Beteiligungsverfahrens im festzulegen. Vorteile lägen in der geringeren zeitlichen Belastung für die Gemeinderäte.

Daneben wäre es auch möglich, dass die planerischen Diskussionen neben denen in der Planungsbegleitgruppe der Bürgerschaft ausschließlich im Gemeinderat/Planungsausschuss geführt werden. Vorteil wäre in der Einbindung aller Mitglieder des Gemeinderates bzw. Planungsausschusses. Als nachteilig könnte sich ebenfalls die geringere direkte Rückkopplung der planerischen Themen erweisen.

#### 5. Finanzielle Auswirkungen

Die Gesamtkosten für das Projekt wurde in der Vorlage 168/2017 mit rund 26,2 Mio. Euro benannt. Hierin sind die Kosten für das Verfahren und die weiteren Planungsprozesse enthalten.

Für die Betreuung der beiden Vergabeverfahren werden Kosten von ca. 46.000 Euro erwartet. Dazu kommen Kosten für die Honorare der Gestaltungsgutachten innerhalb des VgV-Verfahrens sowie die fachliche Vorprüfung und Begleitung durch externe Fachleute, die ebenfalls auf ca. 45.000 Euro veranschlagt werden. Weitere Planungsleistungen, beispielsweise für die Radverkehrsplanung und den Bushalt auf der Südseite belaufen sich auf ca. 37.000 Euro. Die Mittel sind im Haushaltsplan 2017 eingestellt. Die Planung für die Tiefgarage wird durch die Stadtwerke finanziert.